

**Auszug aus dem
Protokoll der Sitzung des Polizeikollegiums
von Freitag, 6. September 2024, um 08.00 Uhr
in der Zonendirektion der Polizeizone Weser-Göhl**

Anwesend: Claudia NIESSEN, Vorsitzende
Luc FRANK, Mario PITZ, Patrick THEVISSSEN, Mitglieder
Daniel KEUTGEN, Zonenchef
Armin HOFFMANN, besonderer Rechnungsführer
Jean-Pierre GRITTEN, Schriftführer

Entschuldigt fehlt:

Punkt 24 der Tagesordnung:

Gemeinde Kelmis: CRAC-Analyse - Stellungnahme Polizeizone Weser-Göhl

Die CRAC hat eine Analyse über die Gemeinde Kelmis erstellt.

In dem darauffolgenden Bericht ist auch die Rede von der Polizeizone.

Das Gemeindegremium Kelmis hat die Polizeizone um eine Stellungnahme zu diesem Bericht gebeten.

Laut Auskunft der Gemeinde Kelmis wird die Stellungnahme der Polizeizone Teil des Abschlussberichtes der Gemeinde Kelmis im Rahmen der CRAC-Analyse sein. Die Gemeinde Kelmis hat der Hilfeleistungszone die gleiche Anfrage gestellt.

Der Zonenchef, Herr Daniel Keutgen, teilt mit, dass die Polizeizone Weser-Göhl im Jahr 2018 einen Mehrjahresfinanzplan auf Basis der bis dato vorliegenden Informationen ausgearbeitet hat. Dieser wurde durch das Polizeikollegium und den Polizeirat genehmigt. Dieser Mehrjahresplan sah eine jährliche Erhöhung der Gemeindedotationen um 6% vor und ist wie geplant von 2020 bis 2024 ausgeführt worden (insgesamt 33,82%).

Zeitgleich ist die föderale Basisdotation zwischen 2020 bis 2024 um 26,57% und die föderale Sozialdotation um 27,30% gestiegen.

Die Erhöhung der Ausgaben ist fast ausschließlich auf die Entwicklung der Personalkosten (Indexanpassungen, Pensionsbeiträge, Dienstleistungsschecks, Dienstalster, Anpassungen des Personalstatuts, ...) zurückzuführen. Auf diese Faktoren hat die Polizeizone keinen Einfluss, da beispielsweise das Personalstatut auf föderaler Ebene (Föderalregierung) bestimmt wird. Die Personalkosten machen mehr als 90% der Ausgaben im ordentlichen Haushalt aus.

Die Funktionskosten sind seit vielen Jahren stabil und dies trotz erheblicher Steigerungen beispielsweise bei den Energiekosten.

Die Investitionen erlauben in erster Linie den Erhalt einer funktionstüchtigen Polizei (EDV, Fuhrpark, Digitalisierung, ...), tragen den Anforderungen in Sachen Arbeitsschutz und Sicherheit des Personals Rechnung und setzen die im Zonalen Sicherheitsrat festgehaltenen Prioritäten (z.B. ANPR) um.

Die Polizeizone hält sich strikt an die in den Stellenplänen vereinbarte Personalstärke, wobei ein erhebliches Personaldefizit - insbesondere in den letzten beiden Jahren - die Bildung einer Finanzreserve ermöglichte, die es gestattete, eine Finanzierungsgrundlage für das neue Polizeigebäude aufzubauen.

Erwähnenswert ist außerdem, dass die Polizeizone eine Nullüberstundenpolitik verfolgt.

Der Zonenchef unterstreicht die Dringlichkeit und Wichtigkeit eines neuen Polizeigebäudes.

Hier konnte in dieser Legislatur durch die Verhandlungen mit der DG eine Subventionierung des Projekts erreicht werden.

Das angestrebte gemeinsame Gebäude mit der föderalen Polizei wird nicht zuletzt auf Grund vieler Synergieeffekte sowie der gemeinsamen Nutzung eines Drittels der Räumlichkeiten eine effizientere und bessere Funktionsweise der Polizei sowie Kosteneinsparungen ermöglichen.

Der besondere Rechnungsführer der Polizeizone, Herr Armin Hoffmann, nimmt wie folgt Stellung:

„Nach den letzten Gemeinderatswahlen 2018 ist dem neuen Polizeikollegium/Polizeirat ein neuer Mehrjahresplan vorgelegt worden. Dieser ist auch so angenommen worden.

Dieser Mehrjahresplan sah eine jährliche Erhöhung der Gemeindedotationen von 6 Prozent bis 2024 vor. Diese jährliche Erhöhung von 6% ist von allen Parteien gutgeheißen worden und ist auch so ausgeführt worden.

Die diesbezüglichen Rechnungslegungen haben immer mit einem Boni abgeschlossen. Diese Boni sind in einem Reservefonds für das neue Polizeigebäude verbucht worden. Das Projekt „neues Polizeigebäude zusammen mit der föderalen Polizei“ ist vom Polizeikollegium und -rat gutgeheißen worden.

Dieser Reservefonds erlaubt es - ohne zusätzliche Gemeindedotationen zu benötigen - das Gelände für das neue Gebäude, den Architekten, die Beratungskosten und einen Teil der Bauarbeiten zu finanzieren.

Nach den nächsten Gemeinderatswahlen und bei der Erstellung des Haushaltes 2025 (im Februar 2025) wird dem Polizeikollegium/Polizeirat ein neuer MJP vorgeschlagen.

In diesem Rahmen möchte der besondere Rechnungsführer daran erinnern, dass die Artikel 71 bis 76 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 bei Uneinigkeiten bezüglich der Gemeindedotationen für die Polizeizone Anwendung finden.“

Herr Luc Frank enthält sich bei der Abgabe einer Stellungnahme seitens der Polizeizone Weser-Göhl an die Gemeinde Kelmis.

Das Polizeikollegium entscheidet mehrheitlich,

die vorliegende Stellungnahme an die Gemeinde Kelmis zu übermitteln.

Für gleichlautenden Auszug:
Eupen, den 6. September 2024

Der Schriftführer
Jean-Pierre GRITTEN

Die Vorsitzende
Claudia NIESSEN